

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/06/2009
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 23.09.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Bericht der ARGE
6. Kürzung der Zuschüsse an die freien Träger
Vorlage: 0381/2009
Zweite Lesung
7. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek eröffnet die Sitzung.

Da es die letzte Sitzung des Sozialausschusses unter ihrem Vorsitz ist, bedanken sich Vertreter der Verwaltung, Vertreter der Wohlfahrtsverbände und andere ganz herzlich bei Frau Machatschek für ihr Engagement in den letzten Jahren und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft.

Frau Machatschek gibt diesen Dank zurück und wünscht allen für die weitere Arbeit im Sozialausschuss viel Erfolg und Durchhaltevermögen in der Sache.

2. Mitteilungen

keine

3. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Insel berichtet, dass Herr Kaerger von der HGW in der letzten Sitzung des Seniorenbeirates das „Bielefelder Modell“ vorgestellt und gesagt habe, dass man mit diesem Modell gute Erfahrungen gemacht habe. Es gehe um selbstbestimmtes Wohnen mit Versorgungssicherheit. Die HGW plane ein Wohnprojekt dieser Art in Hagen-Erst.

Bei einer Aktion der Freiwilligenzentrale vor der Volme-Galerie habe sich unter anderem der Seniorenbeirat mit seinen Inhalten vorgestellt.

Frau Machatschek schlägt vor, dass sich der Sozialausschuss in einer der zukünftigen Sitzungen näher mit dem „Bielefelder Modell“ befasse. Vielleicht ließe sich das Modell ja auch auf andere Stadtteile übertragen.

Herr Insel regt an, in einer der nächsten Sitzungen Herrn Kaerger von der HGW einzuladen, um sich das „Bielefelder Modell“ vorstellen zu lassen.

4. Bericht aus dem Behindertenbeirat

entfällt

5. Bericht der ARGE

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt die Vertreterinnen der ARGE.

Frau Kaus-Köster stellt den Bericht „Vorbereitung auf die Krise“ vor (**siehe Anlage zu TOP 5**) und erläutert die Daten.

Frau Buchholz möchte wissen, inwieweit sich der Betreuungsschlüssel verändert habe und ob das Budget beim Eingliederungstitel im nächsten Jahr bei wachsenden Arbeitslosenzahlen in gleicher Höhe wie 2009 verbleibe.

Frau Kaus-Köster berichtet, dass es eine Verschiebung der Prioritäten bei der Arbeit der Fallmanager geben werde. Diese würden sich zukünftig intensiver mit den Kunden beschäftigen, die den vorrangigen Bedarf hätten. Weiterhin berichtet sie von einer Tagung der Geschäftsführer, bei der Herr Alt gesagt habe, dass bundesweit davon ausgegangen werden könne, dass es ca. 500 Millionen Euro mehr gebe. Die ARGE Hagen werde voraussichtlich insgesamt 23,69 Millionen Euro bekommen. Das sei ein wenig mehr als 2009. Es sei allerdings auch nur eine voraussichtliche Zahl. Das Geld werde voraussichtlich „kleckerweise“ kommen. Es sei natürlich möglich, dass nach der Wahl neu gerechnet würde. Das sei die Ausgangssituation, mit der man planen müsse.

Herr Hentschel nimmt Bezug auf den Betrag in Höhe von 2,28 Millionen Euro, die umgeschichtet werden müssten. Da diese aus der Eingliederungshilfe entnommen würden, möchte er wissen, was das für die Kunden bedeuten würde.

Frau Kaus-Köster erklärt, dass man immer aus dem Eingliederungstitel auch das Verwaltungskostenbudget bestücken musste. Bisher seien es 1,5 Millionen Euro gewesen. Dieser Betrag müsste jetzt auf einen Betrag in Höhe von 2,28 Millionen Euro aufgestockt werden. Das bedeute ganz konkret, dass in dem einen oder anderen Fall eine Maßnahme weniger eingekauft werden könne.

Frau Buchholz nimmt Bezug auf die gemachte Zahl des Zuwachses der Bedarfsgemeinschaften auf voraussichtlich 14.000 bis zum Ende des Jahres. Wenn der Eingliederungstitel nicht wesentlich erhöht würde, würde das weniger Hilfe und weniger Beratung für den Einzelnen bedeuten, aber gleichzeitig mehr Arbeit für die Mitarbeiter der ARGE. Sie stelle sich die Frage, ob man nicht als Sozialausschuss über den Rat über den Städtetag Druck auf die Bundesregierung machen könne, dass die zuständigen Gremien mehr Geld bekommen.

Frau Machatschek macht deutlich, dass es schon immer das Anliegen des Sozialausschusses gewesen sei, dass der Eingliederungstitel natürlich auch für das Personal zur Verfügung stehe. Es könne aber nicht sein, dass für diejenigen, für die der Eingliederungstitel maßgeblich gedacht sei, über die Personalkosten auf der Strecke blieben.

Es müsse angesichts der Problemfelder vermehrt auf Qualifikation geachtet werden. Wenn sie Frau Kaus-Köster richtig verstanden habe, werde die Betreuung der Kunden in diesem Bereich jetzt herunter gefahren, weil die existenzielle Versorgung der Menschen vorrangig zu bedienen sei.

Frau Kaus-Köster erklärt dazu, dass sich die ARGE zunächst einmal mit mehr Personal von maximal 4,5 mehr Stellen aufgestellt habe. Ursprünglich hätte man tatsächlich nach dem bundesweit geltenden Betreuungsschlüssel einen Mehrbedarf an Personal in Höhe von 57,54 Menschen beantragen müssen. Das sei nicht möglich gewesen, weil sich eine Belastung für den Eingliederungstitel in Höhe von 5,5 Millionen Euro ergeben hätte. Man verändere die Betreuungsschlüssel lediglich bei den sogenannten „integrierten Kunden“ und bei denjenigen, die zurzeit nicht arbeitsfähig seien wie z.B. Schüler oder Erziehungsberechtigte kleiner Kinder. Diese stünden nach einer gewissen Zeit dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung. Nur diese Kundengruppen würden im Augenblick weniger betreut.

Auf eine Frage von Herrn Hentschel erklärt Frau Kaus-Köster, dass sich der gesamte Eingliederungstitel auf 23,5 Millionen Euro belaufe. Diesem entnehme man 2,28 Millionen Euro. Das ließe sich nicht anders machen. Man müsse auch sehen, dass diese Umstrukturierung durch eine Riesenanstrengung der Mitarbeiter der ARGE gestemmt werde, denn eigentlich spreche man von 54 Mitarbeitern. Die ARGE versuche jetzt, mit 4,5 externen Einstellungen, die aus dem Eingliederungstitel finanziert würden, und mit 10 Mitarbeitern für das Projekt „50-Plus“, die über Bundesmittel finanziert würden, diese Mammutaufgabe zu stemmen.

Frau Machatschek regt an, den Ausschuss regelmäßig über die Entwicklung auf dem Laufenden zu halten. Sie unterstützt die Aussage von Frau Buchholz.

Herr Halbeisen fragt, welche konkreten Vorhaben es in Bezug auf die Umsetzung des Gerichtsurteils gebe, dass die bisherige Trägerkonstruktion der ARGE so nicht zulässig sei.

Frau Kaus-Köster zitiert die Aussage von Herrn Alt, die er in Richtung der Geschäftsführer der ARGEN gemacht habe. „Ostern 2010 werde man erfahren, wie es zukünftig weitergehe.“

Frau Machatschek weist darauf hin, dass bis 2011 das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes umgesetzt sein müsse. Sie fragt Frau Buchholz, ob sie die angesprochene Resolution formulieren wolle. Diese Aussage mache deutlich, dass diese Thematik dem Sozialausschuss wichtig sei. Wenn man bei den prognostizierten Mehrbelastungen weiterhin immer mehr „verwalte“, anstatt zu integrieren, sähe sie die Notwendigkeit gegeben, die Mittel dafür aufzustocken.

Herr Dücker hat gegen die Resolution nichts einzuwenden. Es stünden Wahlen an. Da könne sich einiges verändern. Eines allerdings bliebe bestehen. Das seien die Nothaushalte der Kommunen, so dass eine Resolution immer richtig und sinnvoll sei.

Frau Buchholz formuliert die Resolution.

Frau Machatschek stellt diese zur Abstimmung und wünscht den Vertreterinnen der ARGE alles Gute für die weitere Arbeit.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, folgende Resolution zu fassen:

„Der Rat der Stadt Hagen fordert die Bundesregierung über den Städtetag auf, den Eingliederungstitel (SGB II) den steigenden Arbeitslosenzahlen anzupassen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Pressesprecher der Arge, Herr Opel, hat am Tag nach der Sitzung des SOA folgende Richtigstellung übersandt:

„Ich möchte die gestrige Aussage, dass der Stadt für 2009 Mehrkosten KdU in Höhe von ca. 5 Millionen Euro entstehen, hiermit näher erläutern und richtigstellen.“

Die 5 Millionen Euro basieren alleine auf der prognostizierten Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften in Hagen von Juni 2009 – Dezember 2009.

Diese Prognose besagt eine Steigerung um 2.500 Bedarfsgemeinschaften von 11.600 auf 14.100. Bei monatlichen Durchschnittskosten je Bedarfsgemeinschaft in Höhe von 332, 23 Euro lägen die Zusatzkosten bei 4.983.450 Euro. Dies bezieht sich jedoch nur auf den prognostizierten Verlauf Ende Juni – Ende Dezember 2009.

Im Vergleich zum Vorjahr kommen auf die Stadt jedoch lediglich ca. 500.000 Euro an Mehrkosten für KdU hinzu, weil der Bestand an Bedarfsgemeinschaften Anfang 2009 der niedrigste seit Bestehen der ARGE war.

Dies bedeutet, dass im ersten Halbjahr 2009 weit weniger Kosten der Unterkunft angefallen sind als noch im Vorjahreszeitraum. Hierdurch minimieren sich die zusätzlichen Kosten im Bereich der KdU auf die o.g. knapp 500.000 Euro, wenn die Prognose tatsächlich so eintrifft.

Im Jahr 2008 betragen die Kosten für den Bereich KdU rund 46 Millionen Euro. Für 2009 waren hier 45 Millionen Euro eingeplant. Durch die Krise auf dem Arbeitsmarkt werden die Kosten jedoch bei ca. 46,5 Millionen Euro liegen. Die zu erwartenden Kosten (bei Eintreten der Prognosewerte) für 2010 betragen knapp 55 Millionen Euro. Dies sind 8,5 Millionen Euro mehr als dieses Jahr und sogar 10 Millionen mehr als der diesjährige Planungswert von 45 Millionen Euro.“

6. Kürzung der Zuschüsse an die freien Träger Vorlage: 0381/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek weist darauf hin, dass bei dieser Vorlage für die heutige Sitzung eine zweite Lesung vorgesehen sei. Sie erinnert an die letzte Sitzung des Sozialausschusses, in der gesagt worden sei, dass noch Gespräche in der Sache stattfinden müssten.

Diese Gespräche hätten teilweise stattgefunden. Es sei jedoch in der heutigen Sitzung noch nicht möglich, zu einer Beschlusslage zu kommen. Sie bittet Herrn Haensel, über die stattgefundenen Gespräche zu berichten und darzustellen, wie der zeitliche Ablauf geplant sei.

Herr Haensel erklärt, dass sich aus seiner Sicht ein Kompromiss in der Sache abzeichne. Klar sei, dass in Abstimmung mit Verwaltung, Wohlfahrtspflege und Politik in einem Zeitraum von ca. einem halben Jahr ein Vorschlag erarbeitet werden solle, der sich nicht mehr nur ausschließlich auf die Fragen bezüglich der Kürzung der Mittel beziehen solle, sondern der insbesondere noch einmal die Schnittstellen zwischen den einzelnen Angeboten, Handlungsfeldern und Inhalten beschreiben solle. Dann könne man im Gesamtkonzept aller Maßnahmen, die zu erbringen seien, schauen, ob ein solcher Vorschlag Sinn mache. Bis Ende März solle ein Vorschlag erarbeitet sein.

Die AG Sozialhilfe, die aus Vertretern der Wohlfahrtspflege und der Verwaltung bestehe, solle zeitnah einberufen werden und durch Vertreter aus den Fraktionen ergänzt werden. Bei dieser Sitzung könnten dann die Themenfelder identifiziert und entsprechende Untergruppen gebildet werden.

Diese Arbeitsgruppen würden dann in einer zweiten Sitzung der AG Sozialhilfe Anfang März ihre Ergebnisse einbringen. Diese würden dann insbesondere über die Vertreter der Politik in den politischen Raum transportiert werden. Dann könne sich der Fachausschuss und endgültig der Rat der Stadt Hagen damit befassen. Damit könne das geforderte Ziel einer Restrukturierung seines Erachtens erreicht werden.

Herr Steuber weist darauf hin, dass auch zu beachten sei, dass man nicht nur über die Ratsvorgabe der 106.000 Euro diskutieren müsse. Aus dem Zukunftspapier sei für den Fachbereich Jugend & Soziales eine Einsparquote im Personal- und Sachkostenbereich in Höhe von 4,1 Millionen Euro und im Bereich der Transferleistungen in Höhe von 3 Millionen Euro vorgegeben worden. Insgesamt seien also 7,2 Millionen Euro einzusparen. Seines Erachtens gehöre das in den Gesamtkontext mit hinein. Er erinnert daran, dass die Kündigungsfristen bedacht werden müssten. Diese sollten bis zum 31. März mit der Fixierung der Kündigungsoption auf den 31.12.2009 hinausgeschoben werden. Darüber solle man sich in den nächsten Tagen austauschen.

Frau Machatschek warnt davor, notwendige Strukturen bei diesem Prozess zu zerschlagen. Sie gehe davon aus, dass es trotz allem gute Möglichkeiten gebe, zusammen zu guten Ergebnissen zu kommen und Hagen als soziale Stadt zu erhalten.

Herr Halbeisen äußert seine Fassungslosigkeit und Frustration angesichts der gesamtpolitischen Lage, in der man sich derzeit befände. Er bemängelt die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch den Bund. Leidtragende seien die bereits benachteiligten Menschen.

Frau Machatschek kann die Aussage von Herrn Halbeisen nachvollziehen. Man habe die Möglichkeit, über die zukünftigen Bundestagsabgeordneten auf die Politik des Bundes einzuwirken. Man müsse sich den Aufgaben stellen und deutlich machen, was man als Kommune an Angeboten vorhalten wolle. Sie wünsche allen Beteiligten an diesem Prozess viel Ausdauer und Geduld.

Frau Kurnoth vom Gesundheitsamt lässt sich noch einmal bestätigen, dass die Verlängerung der Kündigungsfristen auch für die Verträge in ihrem Bereich gilt.

Beschluss:

Der Zwischenbericht zur Vorlage wird in zweiter Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

7. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.25 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Hoglebe
Schriftführerin